

Nr. 31**Anfrage**
der Fraktion der SPD.

Betr.: **Waldbesitz-Tausch des Gauleiters Sprenger mit Freiherrn von Frankenstein.**

Der frühere Freistaat Hessen hatte in der Gemarkung Obereschbach, Kreis Friedberg, einen Waldbesitz von 600 Normalmorgen. Dieses Waldstück grenzte an einen Wald, welcher dem Freiherrn von Frankenstein gehörte. Dieser Freiherr von Frankenstein besaß ein kostbares Gemälde, für welches sich Adolf Hitler interessierte. Er gab deshalb dem Gauleiter Sprenger Auftrag, wegen Verkauf dieses Gemäldes zu verhandeln. Herr von Frankenstein und Gauleiter Sprenger hatten einen gemeinsamen Jagdfreund und dieser übernahm die Verhandlung. Sie führte zu dem Ergebnis, daß der Herr von Frankenstein bereit war, sein Gemälde gegen den oben erwähnten Wald des Freistaates Hessen zu tauschen. Dieses Geschäft kam zustande. Die 600 Normalmorgen Wald wurden im Grundbuch für den Freiherrn von Frankenstein eingetragen und das Gemälde ging an Hitler.

Wir fragen die Großhessische Regierung, ob sie bereit ist, das Erforderliche zu veranlassen, um das erwähnte Waldstück wieder in Gemeineigentum zurückzuführen.

Nr. 32**Anfrage**
der Fraktion der SPD.

Betr.: **Tabaksteuer.**

Unsozial und untragbar wirkt sich die sprunghafte Erhöhung der Tabaksteuer aus. Die dadurch bedingten hohen Preise gestatten es nur Schwarzhändlern und Personen mit hohem Einkommen Zigarren und Zigaretten zu kaufen, während es dem werktätigen Volke unmöglich ist, sich dieses weit verbreiteten Genußmittels zu bedienen.

Es ist selbstverständlich, daß dadurch eine große Verbitterung unter der schaffenden Bevölkerung Platz gegriffen hat. Der Verbrauch an Tabakwaren wird durch die in Kraft getretene hohe Besteuerung so stark eingeschränkt werden, daß viele Tabakbetriebe geschlossen, andere in ihrer Produktion stark eingeschränkt werden. Dies ist um so unhaltbarer, weil in der Tabakindustrie viele Kriegerwitwen, die keinerlei Rente bekommen, ihren Unterhalt gefunden haben.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um zu erwirken, daß die Steuer auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird?

Nr. 33**Anfrage**
der Fraktion der SPD.

In tiefer Sorge um das Schicksal der notleidenden Bevölkerung wendet sich die sozialdemokratische Fraktion an die Landesregierung, weil die brennende Not in Stadt und Land neben langfristigen und weitsichtigen Plänen, wie z. B. denen der Währungsreform, vor allen Dingen eine Reihe von Sofortmaßnahmen verlangt, damit Volk und Wirtschaft nicht noch tiefer in das Elend gerissen und damit unentrinnbar dem allgemeinen Chaos ausgeliefert werden.